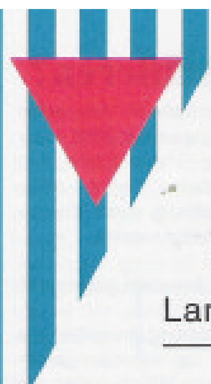


DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

März 1999

Ehrung der Gefallenen der Bremer Räterepublik

Über 150 Angehörige verschiedenster demokratischer Organisationen und Gruppen Bremens hatten sich am Sonntag, den 07. Februar auf dem Waller Friedhof eingefunden, um den 80. Jahrestag des Gedenkens an die im Kampf für die Verteidigung der Bremer Räterepublik am 04. Februar 1919 gefallenen Bremer Arbeiter zu begehen.

Vom Haupttor des Friedhofs ging es unter roten Fahnen zur Gedenkstätte mit dem vom Bremer Bildhauer Arfmann geschaffenen Ehrenmal. Willy Hundertmark, Ehrenvorsitzender der VVN/BdA, Horst Isola, Landesvorstandsmitglied der SPD, Hermann Gautier, ehemaliger KPD-Bürgerschaftsabgeordneter, Uwe Neuhaus, Betriebsrat von DASA und Klaus Möhle, Bürgerschaftsabgeordneter der Bündnis-Grünen, würdigten in ihren Ansprachen die revolutionäre Arbeiterschaft und ihren Versuch, im Kampf gegen die unmittelbare Not der ersten Nachkriegsmonate mit der Errichtung einer Räterepublik eine sozial gerechte, demokratische Ordnung der Gesellschaft zu schaffen.
Sie brandmarkten die von der sozialdemokratischen Reichsregierung verantwortete blutige Niederschlagung dieser Republik. Der Buchtstraßenchor gab mit seinen Liedern dieser eindrucksvollen Bündnisveranstaltung eine ausgezeichnete kulturelle Umrahmung.
Gegen die heuchlerische Unterschriftenaktion der CDU/CSU wurde der " Bremer Aufruf für Toleranz " vom DGB Kreis Bremen verteilt, in dem es heißt:
"Bremen ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Das soll auch so bleiben. Voraussetzung dafür ist, daß die Unterschiede der Kulturen und Lebensweisen anerkannt werden.
Wir haben Sorge um das friedliche Zusammenleben in dieser Stadt. Wir verurteilen deshalb mit Nachdruck, daß auf den Straßen eine schwierige innenpolitische Frage in einer Art und Weise thematisiert wird, die böse Emotionen schürt.
Bremen ist die Heimat aller Bremerinnen - unabhängig von Paß oder nationaler Herkunft.
Wir fordern die Rückkehr zur Toleranz. Wir bitten deshalb die Kolleginnen und Kollegen, mit ihrer Unterschrift diesen Aufruf zu unterstützen."
(Unterschriftenlisten sind im Büro der VVN-BdA erhältlich)



Die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung zur Bremer Räterepublik auf dem Waller Friedhof am 07. Februar.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß mit dem von der NPD angekündigten Naziaufmarsch in Bremen am 01. Mai unter der Losung "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" die gleiche Politik -nur offener - betrieben wird, nämlich mit Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus übelster Art auf Stimmenfang zu gehen. Die Gedenkveranstaltung auf dem Waller Friedhof mahnt: Gegen diese Erscheinung einer gefährlichen Rechtsentwicklung rechtzeitig - jetzt - und möglichst gemeinsam aktiv zu werden.

Herbert

DVU will in die Bürgerschaft

Ende Januar begann die DVU mit den Vorbereitungen zur Bürgerschaftswahl am 6. Juni.
Auf ihrem Bundes- und ihrem Landesparteitag erklärte Parteiführer Gerhard Frey, daß die Konzentration jetzt dem Wahlkampf in Bremen und Bremerhaven gelte. Zu dem Zweck versandte die Münchner DVU-Zentrale ihre erste Ladung Rundschreiben an Bremer Sympathisanten. Darin kündigte Frey an, "alles zu unternehmen, um den überragenden Landtagswahlerfolg der DVU von Sachsen-Anhalt (13%) zu wiederholen".

Er forderte von seinen Leuten detaillierte Auskünfte. (Dies reicht von der Bereitschaft, einen PKW zur Verfügung zu stellen bis zur Kandidatur für Ortsbeiräte.) In der Parteipresse werden ebenfalls bereits Wahlhelfer gesucht. Wie immer ermunterte Frey seine Anhängerschaft für Produkte aus seinem Verlag (z.B. eine Musikkasette von "Heino") tief in die Tasche zu greifen. Zum Vorteil gereicht der DVU, daß die REPs aufgrund einer Absprache zwischen den Parteiführern Schlierer und Frey in Bremen nicht kandidieren.
Es ist also von Seiten der DVU wiederum mit einem großen Propagandaaufwand zu rechnen.

Thomas (AG Neofaschismus)

Warum will die NPD am 1. Mai in Bremen marschieren?

Überraschung löste die Ankündigung der NPD aus, in Bremen eine eigene bundesweite Kundgebung zum 1. Mai durchzuführen. Man wolle unter dem Motto "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!" demonstrieren und u.a. mit dem Parteivorsitzenden Voigt eine Abschlußkundgebung vor dem Mercedes-Benz-Werk durchführen. Man rechne mit einer Teilnehmerzahl von 5.000.
Was sind die Hintergründe für diese großspurige Ankündigung? Als Wahlerfolg würde der NPD bereits das Überschreiten der 1%-Hürde gelten. Denn dies bedeutete Staatsknete in Form von Wahlkampfkostenerstattung. An einen Durchbruch bei den Bremer Wahlen wird man wohl selbst bei den Veranstaltern kaum glauben, denn mit einem eher kleinen Landesverband ist derzeit an ein erneutes "Bremer Modell" nicht zu denken. (Zur Vorgeschichte der NPD gehörte das Bündnis der neofaschistischen "Deutscher Reichspartei" mit den konservativen Parteien "Deutsche Partei" und "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten", das 1963 in die Bürgerschaft einzog und welches in der NPD aufging. 1987 zog mit Hans Altermann für die "Liste D" aus NPD und DVU zum ersten mal seit Ende der 60er wieder ein Neofaschist in einen Landtag ein.)

Bremen als Objekt der NPD-Führung?

Die Gründe für dieses Vorhaben dürften nicht zuletzt bundespolitischer Natur sein, was die Gefahren für die politische Situation in Bremen jedoch nicht verringert. Die NPD betreibt spätestens seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Udo Voigt 1996 eine Brechstangen-Taktik. Sichtbar wird dies durch die laufende Verschärfung des Tonfalles hin zu nationalsozialistischem Vokabular, durch den Zustrom jüngerer und offen neonazistischer Personen und durch ständige provokative Aufmärsche wie zuletzt mit 1.000 Anhängern am 30. Januar (!) in Kiel.
Diese Taktik ist für die NPD risikoreich. Rückschläge, u.a. durch erfolgreiche Gegenmobilisierung, mußten eingesteckt werden. Die Mitgliederentwicklung verläuft nicht so eindeutig und einheitlich wie die Parteipropaganda es glauben machen will. Es ist keineswegs gesagt, daß es der NPD gelingt, ihre Anhängerschaft aus ihren süd- und ostdeutschen Schwerpunkten in der erhofften Größenordnung nach Norddeutschland zu karren.

Die Entscheidung für den Ort Bremen bedeutet den Versuch, durch eine weitere Steigerung Ermüdungserscheinungen aufzuhalten und die erst jüngst zur NPD gestoßenen aktionistisch orientierten Kreise zu halten: Kurz gesagt handelt es sich um eine Taktik der Integration durch Eskalation. Das "Erfolgserlebnis" soll darin bestehen, in eine als "linke Hochburg" geltende Stadt einzumarschieren und sie symbolisch zu besetzen.
Alle demokratischen Kreise sollen eingeschüchtert, ihre Schwächen bloßgelegt, ihre Zerstrittenheit gefördert und gleichzeitig die Stärke des "nationalen Widerstands" medienwirksam demonstriert werden. Es gehört zur erklärten Taktik der NPD-Führung die "Todschweigespirale der Medien" durch spektakuläre Aktionen und notfalls auch durch Negativ-Darstellungen zu durchbrechen und sich dadurch wieder "in das Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken" wie es in der Parteizeitung heißt.

Der Stoß geht am 1. Mai gegen die Gewerkschaften, deren Mitglieder durch soziale Demagogie, durch den Appell an den Inneren Schweinehund demoralisiert und gegen ausländische KollegInnen und alle "Schwachen" aufgehetzt werden sollen. (Zu dieser Politik: "Anmerkungen zur Sozial-Kampagne der NPD", BAF 9/1997)
Ein weiterer wichtiger Grund für die Wahl Bremens dürfte die Person des Innensenators sein, der zweifellos mit einigen Aspekten der NPD-Agitation konform geht. Tatsächlich erklärte sich Borttscheller nicht etwa als erstes gegen den Neonazi-Aufmarsch, sondern gegen "Straßenschlachten zwischen Rechtsradikalen und Gewerkschaftern". Ansonsten wolle man das Ansinnen der NPD "sehr sorgfältig prüfen. Die Erfahrung lehrt, daß selbst bei erfolgtem Verbot NPD-Kundgebungen kurzfristig durch Verwaltungsgerichte genehmigt werden.

Antifaschistisches Bündnis gegründet

In einer Presseerklärung kündigte die VVN-BdA an, daß sie mit allen juristischen und politischen Mitteln gegen die NPD vorgehen werde. Gleichzeitig rief sie alle demokratischen Kräfte Bremens auf, die NPD-Provokation gemeinsam deutlich zurückzuweisen. Mittlerweile hat sich bereits ein **Bündnis "Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen"** gegründet, welches eine gemeinsame Erklärung und Aktionen gegen die NPD bespricht und an welchem die VVN-BdA mitarbeitet.

Thomas (AG Neofaschismus)

Aktuelle Informationen und Termine zum Thema NPD-Demo am 01. Mai findet ihr auf unseren Internetseiten unter: http://www.vvn-bda.de/bremen Desweiteren sind dort Hintergrundartikel über "Soziale Demagogie des Neofaschismus" und zur Entwicklung der NPD plaziert.

Gottesdienst zur Erinnerung an Auschwitz

Am Sonntag, dem 31. Januar, fand in der Alt-Aumunder Kirche ein Gedenkgottesdienst für die Opfer der Nazibarbarei statt. Besonderer Anlaß war die Erinnerung an die Befreiung des KZ-Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die sowjetischen Truppen. Anwesend war auch Bürgermeister Scherf. Die Predigt hielt Pastor Uhl. Sehr ausführlich ging er auf das Problem Auschwitz und Holocaust ein. Ganz im Sinne des früheren Mitgliedes des Ehrenpräsidiums der VVN-BdA, Martin Niemöller, sowie der Theologen Gollwitzer und Bonhoeffer.
Im Anschluß an den Gottesdienst fand eine Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der ehemaligen Aumunder Synagoge statt. Nach einigen Ansprachen verlaß der ehemalige Lehrer Rolf Rübsam die Namen der Opfer aus Bremen-Nord. Er empfahl den Teilnehmern der Gedenkveranstaltung, ihm ins evangelische Gemeindehaus zu folgen, wo er eine Ausstellung mit den Namen, Fotos und Texten eröffnet hatte. Die Ausstellung kann auch nach telefonischer Anmeldung während des ganzen Jahres besichtigt werden.

Alois

Distanzierung

Endlich bekommt der "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) kein Geld mehr vom Staat. Das Außenministerium bereitet nach Angaben der "Frankfurter Rundschau" (FR) seinen Rückzug aus der Finanzierung des VDA vor. Nach dem Bericht soll im Außenministerium "eine geordnete Übergabe auf andere Mittler in die Wege geleitet werden." Dabei solle das "Goethe-Institut" eine wichtige Rolle einnehmen.

Der VDA erhielt seit 1990 mehr als 220 Millionen DM Staatszuschüsse. Während das deutsche Innenministerium bereits 1997 seine Zuschüsse wegen Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung eingestellt habe, so die FR, seien über den Umweg des Außenministeriums weitere Gelder an den VDA geflossen. Für 1998 waren 2,5 Millionen Mark bewilligt worden. Von 1999 an entzieht auch das Außenministerium dem VDA seine Förderung. Das berichtet "Der Rechte Rand" in seiner neusten Ausgabe (Heft 56, Januar/Februar 1999).

Der VDA vertritt eine aggressive Volkstumspolitik und hat sich nie gescheut, Alt- und Neofaschisten in seine Arbeit mit einzubeziehen.

Gerold (AG Neofaschismus)

Ist unser Rechtsstaat in Gefahr?
Zum Recht in Demokratie und Faschismus

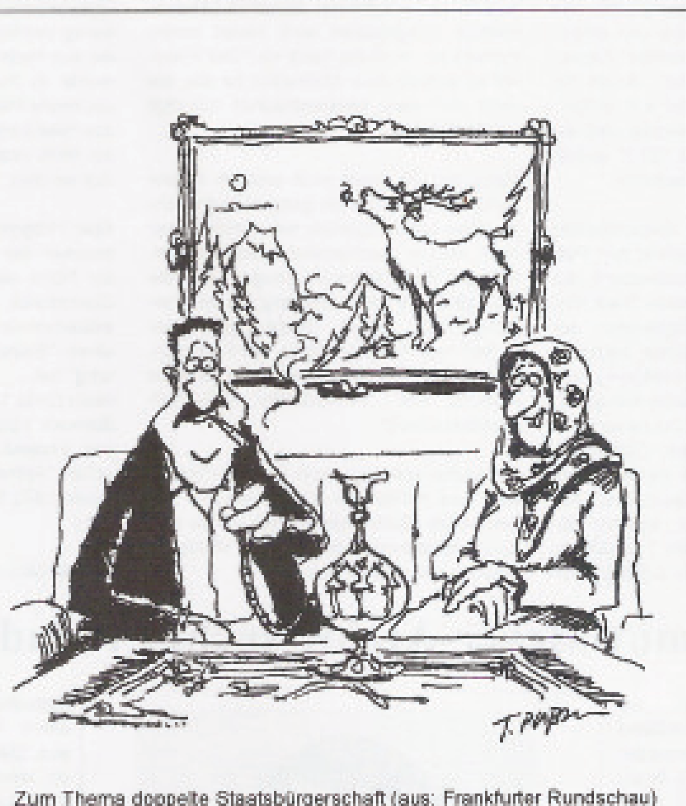
Der Vortrag fand am 20. Januar im Landesbüro statt. Unser Kamerad Dr. Walter Franke referierte zum Thema "Recht in der Demokratie und im Faschismus".

Da gibt es zunächst einmal die unveräußerlichen Grundrechte in den Artikeln 1-17 des Grundgesetzes. Artikel 19 zufolge dürfen sie in ihrem Wesensgehalt nicht verändert werden. Für Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung sind sie unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 20 und 28 GG stellen ein Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen, sozialen Rechtsstaat dar (wobei das Recht auf Widerstand ein Zugeständnis war, um eine Mehrheit zur Einführung der Notstandsgesetze in die Verfassung zu erhalten - d.Verf.). Auch diese Artikel dürfen nicht geändert werden, weder ihrem Wortlaut noch ihrem Sinne nach. Im Gegensatz zur Weimarer Republik sind die ausführende Gewalt und Justiz an Gesetz *und* Recht gebunden.

Das Grundgesetz durfte 1949 erst erlassen werden, nachdem die Alliierten ausdrücklich zugestimmt hatten. Zuvor waren von ihnen einige Entwürfe wegen nicht faßbarer Formulierungen mehrfach zurückgewiesen worden. Der formale Rechtsstaatsbegriff selbst war fortschrittlich - als Prinzip der bürgerlichen Welt in der Auseinandersetzung mit der absoluten Monarchie und dem Gottesgnadentum der Fürsten. Aber er war ungeeignet, den Angriffen der Reaktion auf die Republik Einhalt zu gebieten. Gegenüber den Gesetzen, die nach 1933 ergingen, versagte dieses Herangehen an das Recht völlig.

Die Euthanasie beruhte auf Gesetzen, die geheimgehalten wurden, nur einem eingeweihten Kreis von Tätern bekannt waren. Die Nürnberger Rassegesetze schlossen einen Teil der Bevölkerung aus von den Bürgerrechten. Das Reichstagsbrand-Gesetz erlaubte es, Marinus van der Lubbe im nachhinein für seinen Anschlag zum Tode zu verurteilen. Von Mitte des vergangenen Jahrhunderts bis 1945 hatte der Grundsatz gegolten, daß Gesetz gleich Recht sei. Die Erfahrungen aus dem Faschismus zeigten, daß mit diesem Grundsatz jeder Gesetzesbruch neues Recht zugleich setzte. War das Gesetz nur formal, dann war es wortgetreu zu befolgen. Heute dürfen es sich die Richter nicht so einfach machen. Sie sind verpflichtet, nicht nur die formale Stimmigkeit mit dem Gesetz zu prüfen, sondern auch Stimmigkeit mit dem Geist des Rechts.



Zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft (aus: Frankfurter Rundschau)

Schon 1952 aber, so wurde deutlich, geschah ein folgenreicher Einschnitt in diese Grundrechtsstruktur (um den Widerstand gegen die Wiederaufrüstung zu brechen - d.Verf.). Die Praxis der Wiedergutmachung zeigt im Umgang mit den Opfern der NS-Herrschaft ein weithin ungleiches Herangehen: Das Versorgungsgesetz sieht Entschädigungsleistungen für Waffen-SS-Leute aus In- und Ausland vor, obwohl sie einer als kriminell erklärten Organisation angehörten. Ähnliches gilt für Leistungen an Hinterbliebene dieses Personenkreises. Dagegen erhalten 1939/45 zu Strafbataillon Verurteilte so gut wie keinerlei Entschädigung.

Der große Lauschangriff verändert das Rechtsbewußtsein völlig. Selbst das allgemeine preußische Landrecht hatte das Recht auf Privatsphäre respektiert. Festnahmen waren nur erlaubt, wenn konkrete Verdachtsmomente gegen eine Person vorlagen. Wurden 1997 in den USA insgesamt 200-300 Bürger abgehört, die Gründe dafür von drei Richtern unabhängig voneinander überprüft, so waren es im selben Jahr alleine in NRW 7.000 Menschen, deren Abhörfall von einem einzelnen Richter formularmäßig abgearbeitet wurden.

Wie soll ein Vertrauensverhältnis zu einem Psychiater oder Pfarrer im Gefängnis aufgebaut werden können, wenn er berufsmäßig angehalten ist, seine Schweigepflicht zu brechen? Jedermann/frau, Hausmeister, Nachbar, etc. wird staatlicherseits aufgefordert, alles zu beobachten und den Behörden zu melden.

Systematische Überwachungsaktionen für ganze Bevölkerungsgruppen werden in einschlägigen Medien mit Stichworten wie Verbrechensvorbeugung,Organisierte Kriminalität im Stil von Sensationsmeldungen als unabdingbar begründet.

Der Umgang mit dem Artikel 16 GG und die Rechtswirklichkeit im Asylfalle - so zeigte die lebhafte Diskussion - spiegelt ein recht gestörtes Verhältnis der politischen Führung des Innenressorts zum Asylrecht sowie Artikel 3 GG wider.

Das "Klostermeyer-Gesetz" (Radio Bremen), der Maulkorb für Asten der Universität und Hochschulen bei allgemeinpolitischen Fragen, die fortgesetzte Überwachung z.B. von Rolf Gössner durch den Verfassungsschutz spiegeln eine Wirklichkeit wider, die sich auszeichnet durch einen Trend nach rechts. Seit 1990 werden Schubladen geöffnet, weitere Revisionen des Grundgesetzes, wie bereits gefordert, sind nicht mehr auszuschließen.

Einer in diesem Sinne negativen Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es eines starken Engagements aller politisch interessierten BürgerInnen.

Raimund

Der Sterbeacker der Ludendorffer

Die trügerische Ruhe ist in Hude gestört worden. Der evangelische Pastor Rainer Backenköhler vom Pfarrbezirk Süd hat etwas losgetreten, von dem jeder im kleinen Örtchen weiß, aber niemand etwas wissen will. Die "Ahnenstätte Hilligenloh e.V." ist der Grund der "Störung". Die Scharrstelle wurde 1931 von zwei Hudern gegründet. Heute gehören laut Backenköhler noch etwa 100 Mitglieder diesem Verein an. Der "Sterbeacker", wie die taz den Ort sinnigerweise nennt, wird von einem eingetragenen Verein unterhalten. Dieser gehört zum Dunstkreis des "Bund für Gotterkenntnis - Ludendorffer e.V. (BfG)". Über die Entstehungsgeschichte und die völkische Orientierung des "BfG" wurde im BAF 02/97 ausführlich berichtet.

Zwei Gedenksteine ärgern Backenköhler besonders. Der eine bezeichnet den Putschisten von 1923, Erich Ludendorff, als "Freiheitskämpfer". Der andere feiert Mathilde Ludendorff als "Wegbereiter der Gotterkenntnis". Backenköhler bezeichnet dies als "öffentliche Huldigung von Antisemiten", denn beide seien mitverantwortlich für den Holocaust und so verlangt er folgerichtig vom Rat der Gemeinde, daß die Findlinge entfernt werden. Das die Thesen des "BfG" auch die Auschwitzleugnung beinhalten, scheint vielen in Hude nur ein müdes Lächeln zu entlocken. Dort sind auch Lokalgrößen wie der langjährige Bürgermeister Bultmeyer von der FDP verbuddelt. Dass der selber Ludendorffer war, berichtet sein Enkel Fritz bereitwillig.
Auf einigen der Grabsteine prangen Hakenkreuze und SS-Runen, die die Vereinsmitglieder jedoch als Sonnenzeichen ausweisen. Auch die Tatsache, daß Hilligenloh immer noch in aktuellen Stadtplänen (Großraum Bremen, siehe Falk und ADAC) als «Jüdischer Friedhof (Ahnenstätte)» ausgegeben wird, mutet schon zynisch an. In Hude heißt es: "Der Friedhof ist einfach eine Alternative für die, die nicht auf dem Kirchenfriedhof beerdigt werden wollen."

Nach fast 50 Jahre muß erst ein Pastor daherkommen, um ein ganzes Dorf wachzurütteln und Hilligenloh mit seinen immer noch aktiven Naziverbindungen in die öffentliche Diskussion zu bringen. Für die Gemeinde ist dieser Umgang mit der Vergangenheit, dieses "Nicht-wahr-haben-wollen" ein Armutszeugnis. Im Fremdenverkehrsdeutsch von Hude heißt es ganz harmlos nur: "Ahnenstätte Hilligenloh (Heidefriedhof)".

Die Stätte soll ein wahrer Augenschmaus sein und nichts von einem Friedhof haben. Auch Nicht-Ludendorffer dürfen sich dort einbuddeln lassen. Nur die völkische Orientierung muß stimmen.

Der Weser-Kurier berichtete am 23.01. unter anderem von den Drohbriefen, die Backenköhler täglich erreichen. Dort wird er als "Volksveräter" oder "Deutschenhasser" tituliert. Aber auch Verse wie: "Backenköhler, altes Schwein, wir schlagen Dir den Schädel ein" finden sich in den Briefen. Ob diese "Dichtkunst" vom Vorsitzenden Otto K. aus Bremerhaven oder von der Schriftführerin Altrud G. aus Delmenhorst stammt, ist leider genauso wenig vermerkt, wie die Zahl der Briefe, die aus Hude selber kommen. Mittlerweile wurde in Hude eine namentlich ungezeichnete Postwurfsendung verteilt, in der von "Verleumdung" die Rede ist und in der der BFG und Mathilde Ludendorff verteidigt werden.

Aber Hilligenloh ist nicht der einzige Sterbeacker der anderen Hitler-Verehrer. In der Nähe von Wiefelstede befindet sich Conneforde. Der Träger ist der "Ahnenstättenverein Conneforde e.V.", der sogar einen "Beirat" und eine "Stättenverwaltung" hat.
Noch Ende 1997 war Alfred E. Manke aus Bassum Vorsitzender dieses eingetragenen Vereins. Er gehörte der neonazistischen "Aktion Widerstand" an und kandidierte 1972 für die NPD zur Bundestagswahl.

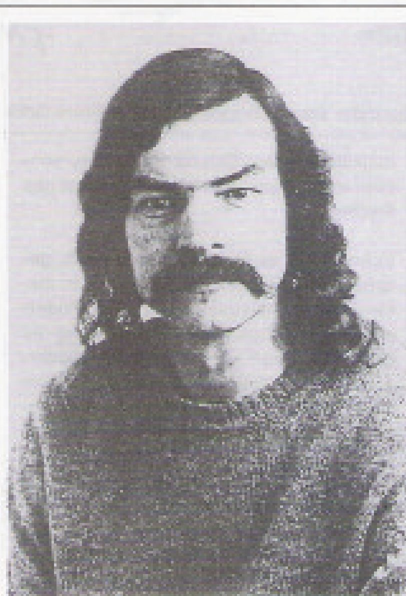
Gerold (AG Neofaschismus)

Hartmut-Meyer-Archiv sucht FreundInnen

Das Hartmut-Meyer-Archiv der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen sucht Freundinnen und Freunde, die die Arbeit des Archives finanziell unterstützen.

Das Archiv besteht im Kern aus dem Privatarchiv unseres aus Schwanewede stammenden und 1992 viel zu früh verstorbenen Kameraden Hartmut Meyer. Hartmut Meyer war Mitarbeiter des Faschismustheoretikers Reinhard Opitz und einer der besten Kenner der neofaschistischen Szene. Als Diplompädagoge und Organisator gab er entscheidende Anstöße für den antifaschistischen Widerstand, so z.B. bereits früh gegen "rechte Musik".

Das Hartmut-Meyer Archiv wird von der Landeskommission "Neofaschismus" des Landesverbandes NRW systematisch ausgebaut und sammelt u.a. Dokumente zu "alten" und "neuen" Rechten, neofaschistischen Parteien, militanten NeofaschistInnen, rechten religiösen Gruppen und Sekten, ökofaschistischen Gruppierungen, Lebensschützern, Studenten-, Unternehmer- und Soldatenverbänden, u.v.m. .
Regelmäßig wertet das Archiv an die 100 Zeitschriften und Zeitungen (!), vor allem neofaschistischer Herkunft, aus. Die Informationen und Materialien werden den Gliederungen der VVN-BdA sowie antifaschistischen Initiativen, Medien usw. zur Verfügung gestellt und in den "Antifaschisten Nachrichten" publiziert.



Hartmut Meyer (1948-1992) "Nicht zwingen sondern anstecken, nicht überreden sondern mitreißen"

Auch unser Bremer Landesverband hat von der Zusammenarbeit mit dem Archiv enorm profitiert, was sich an den letzten Jahrgängen des BAF leicht ablesen läßt.

Jede Mark (Euro dürfen es auch sein) für das Archiv ist somit ein direkter Beitrag für die Bekämpfung des Neofaschismus.

Spenden und besser noch ein kleiner regelmäßiger Obulus können auf das Konto der VVN-BdA in NRW unter der Nr.: 330720-435 bei der Postbank Essen, BLZ 36010043 unter dem Stichwort "HM-Archiv" überwiesen werden. Alle Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Thomas

Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten

Dieses Buch ist in Zusammenhang mit der Diplomarbeit von Andreas Buderus entstanden. Das Dilemma der Jugendarbeit ist anhand von vier Projekten - in Bremen, Essen, Hoyerswerda und Offenbach - vom Autor genauer untersucht worden. Mit Akribie wurden viele Faktoren wie politische und wirtschaftliche Situation, Geschichte der Jugendarbeit und finanzielle Rahmenbedingungen in den Städten erfaßt. In Bremen sind die Bereiche Soziales und Jugend besonders betroffen. In einer Presseerklärung des Jugendringes von 1996 ist zu lesen: "Die Bremer Jugendarbeit befindet sich in diesem Jahr in der Situation, daß durch Sparbeschlüsse Strukturen zusammenbrechen (...) und die Jugendarbeit bei der Fortschreibung dieser Tendenz in wenigen Jahren nicht mehr existent sein wird."
So wurden 1996 für die "akzeptierende Jugendarbeit" 1,09 Mio. DM (1997: 1,11 Mio DM) ausgegeben, ein stattlicher Rest von 254.000 DM (1997: 263.000DM) wurden gegen alle Gepflogenheiten für weitere "Cliquen-Projekte" aufbewahrt.

Buderus zitiert den Bremer Sozialwissenschaftler Franz-Josef Krafeld mit dem Satz: "Rechtsextremismus und Gewalt unter Jugendlichen fallen nicht vom Himmel, sondern sind Produkt sozialer und gesellschaftlicher Probleme, die allenfalls jugendtypische Ausformungen erfahren". Krafeld gilt als Urheber der Form von "akzeptierender Jugendarbeit", die nicht hinterfragt, welche Musik läuft und welche Sprachregelungen gelten, insbesondere bei rassistischen und sexistischen Äußerungen. Ohne diesen konfrontierenden Ansatz bleibt die "akzeptierenden Jugendarbeit" nur ein fatales Begleiten. Es bleibt allerdings nicht unerwähnt, daß die meisten Versuche anderer Formen der Arbeit mit rechtslastigen Jugendlichen in Bremen im Vorfeld der "akzeptierenden Jugendarbeit" genauso wenig Erfolg hatten. Das Fazit von Buderus über die Krafeldschen Theorie der Jugendarbeit ist meines Erachtens eindeutig:



"(...) Eine Garantie auf Erfolg kann dieser Weg der Jugendarbeit [das sozialpädagogische Konzept der politischen Einmischung, der Verfasser] nicht geben, aber zumindest die Option auf eine Veränderung. Dieser Option steht das garantierte Verharren und Versacken bei Nichteinmischung gegenüber. Eine akzeptierende Jugendarbeit mit sich gewalttätig abgrenzenden rechtsextremistischen Jugendlichen, die sich dieser zutiefst politischen Forderung und Verantwortung nicht stellt, verkommt zur Glatzenpflege auf Staatskosten."

Andreas Buderus: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten - Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik; Pahl-Rugenstein Nachfolger; Bonn; 1998; 192 Seiten; 29,90 DM; ISBN 3-89144-246-7

Gerold (AG Neofaschismus)

Mehr Licht in die Bonner Republik

Am 11. Februar 1999 war Bundeskanzler Gerhard Schröder auf einem Kurzbesuch in Washington. Die US-Administration hatte eingeladen, um die weiteren Regularien für den "Versöhnungsfonds" abzusprechen. Am 16. Februar hat Herr Schröder mit der Führungsschicht der Industrie über das Umgehen mit dem Fonds gesprochen. Die Grundzüge des Fonds hatten Bundeskanzleramtsminister Hombach und der Chef der Deutschen Bank, Rolf Breuer, ausgehandelt. Herr Breuer war höchstpersönlich mitgereist, war doch seine Bank am 4. Februar angeprangert worden.

Lautstark war verkündet worden, die Deutsche Bank habe das Vernichtungslager Auschwitz aufgebaut. Dieses Stück (für lange Zeit) unter den Teppich gekehrter deutscher Geschichte erschütterte die Westdemokraten hier, und in den USA wurde daran erinnert, daß die Deutsche Bank wegen Kriegsverbrechen angeklagt wurde. Ausgerechnet diese Bank hat die Bankers Trust gekauft (siehe BAF 2/99, S.4). Im Washingtoner Herald war zu lesen, der World Jewish Congress habe gedroht, der Deutschen Bank den Kauf der Bankers Trust nicht zu erlauben. Mit der Einigung auf einen Versöhnungsfonds hat der Chef der jüdischen Organisation, Israel Singer, dem Chef der Deutschen Bank versichert, dem Kauf stehe nichts mehr im Wege.

Und schon reagieren die Herren der deutschen Banken und der Industrie mit der Zahlung von 1,3 Milliarden in den Fonds. Und schon ist es mit den Klagen vorbei. Es ist aber an der Zeit, daß hier ein respektabler Druck entwickelt wird, damit die noch lebenden politisch, rassisch, weltanschaulich sowie religiös Verfolgten für (die von ihnen geleistete) Zwangsarbeit ihren Lohn und bessere Renten erhalten. Und das deutsche Volk sollte sich dafür einsetzen, daß die überlebenden Verfolgten in den östlichen Ländern auch entlohnt werden, endlich, nach 54 Jahren.

Willy

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name ______________________

Vorname ______________________

Straße ______________________

PLZ, Ort ______________________

Telefon ______________________

Geb.-Datum ______________________

Beruf ______________________

Bremen, den ______________________

Unterschrift ______________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 28,
28217 Bremen

Veranstaltungen

- Am 04. März findet um 20 Uhr in der Villa Ichon ein Vorgespräch zur Kundgebung am Ostersonnabend auf dem Marktplatz und der Fahrt am Ostersonntag nach Frenzendorf mit Beteiligung am Ostermarsch durch das Bombodrom in der Wittstocker Heide statt.

- Am 12. März laden das Bremer Friedensforum, die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion, die DVG/VK und die VVN-BdA zu einem Vortrag **um 20 Uhr in der Villa Ichon** ein:

»Game over oder er war schon sechsmal getötet, dabei war es erst 5 Uhr«

Ralf Streibl vom Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, informiert über Kriegscomputerspiele. Er stellt die Frage: "Wer stellt sie her, wer sieht sie und wie wirken sie?"

Neuerscheinung:

"Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland, Teil 2: Organisationen des Neofaschismus"

Die Erscheinungsformen des Neofaschismus in der Bundesrepublik sind vielfältig und oft verwirrend:

Neofaschistische Wahlparteien erringen hohe Stimmenzahlen. Gewaltbereite Neonazis marschieren auch in kleinen Kommunen auf. Ideologen verkaufen unter dem Deckmantel akademischer Diskussion rechte Thesen als etwas "neues".

Die Berichterstattung in den meisten Medien schwankt zwischen Desinformation und Panikmache. Aber wie stark ist das neofaschistische Lager wirklich? Wie ist es organisiert und wo liegen die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten, insbesondere nach den Bundestagswahlen?

Einen knappen aktuellen Einblick bietet der nun vorliegende zweite Teil der Broschürenreihe "Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland". Die Broschüre untersucht vorgebliche und tatsächliche Unterschiede zwischen den verschiedenen neofaschistischen Gruppierungen und behandelt die wichtigsten, als da sind: **REP, NPD, DVU, BFB, Sammlungsbewegungen, offen terroristische Organisationen, Ideologiezentren und Verlage, Traditionsverbände, sogenannte "neue Rechte" sowie die internationale Zusammenarbeit.**

Im Anhang finden sich wichtige Wahlergebnisse und Mandate neofaschistischer Parteien, Literatur- und sonstige Hinweise.

"Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland - Organisationen des Neofaschismus".

Herausgegeben von der VVN-BdA, Kommission "Neofaschismus"

Bezug: VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover,

Preis: 4,- DM

Schäubles wundersames Geschichtsverständnis

In die Diskussion über das Holocaust-Mahnmal hatte sich auch Herr Schäuble eingeklinkt. Aus seinem Geschichtsbild gibt er zur Kenntnis (im WK am 7.1.99), in Deutschland dürfe das Bewußtsein, "das damals aus scheinbar banalen Gründen und Entwicklungen heraus etwas völlig Unfaßbares" geschehen sei, "unter gar keinen Umständen verlorengehen". Was für Schäuble aus banalen Gründen und Entwicklungen als unfaßbar geschah, nennt sich schlichtweg Faschismus. Er mag es wohl nicht sagen. Gerade in diesen Tagen sind Milliardenklagen der vom Faschismus zur Zwangsarbeit verschleppten, geplagten und ausgebeuteten Menschen im Gespräch, die mit Recht eine Entschädigung verlangen. Die Adressaten sind bekannt. Es sind namhafte deutsche Industrieunternehmen, die nicht nur Nutznießer, sondern auch Förderer des Faschismus waren. Gewinne aus Kriegszeiten wurden privatisiert und nach dem Kriege als Grundstock zu neuem Aufschwung genutzt. Für die Geschädigten ist es etwas völlig Unfaßbares, wenn die Beschuldigten alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um die Ansprüche der Kläger zu vereiteln.

Aus scheinbar banalen Gründen und Entwicklungen ist Faschismus nicht entstanden, sondern aus Interessen, die schon sehr früh und gezielt von der Industrie und Hochfinanz bis zum Faschismus vorangetrieben wurden. Die Schlotbarone sorgten schon rechtzeitig mit ihrem Kohlepfennig für die Aufrüstung der Nazipartei. Dieser geschichtliche Vorgang kann auch Herrn Schäuble nicht entgangen sein. Geschichte ist keine Mystifikation, sondern Realität. Sie aber zu verklären, kann nur blindmachen für die Mechanismen, die den Faschismus möglich gemacht haben. Das darf unter gar keinen Umständen verlorengehen.

Walter

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 28, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse: http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats.

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage März 1999

Hartmut Drewes	11. 3., 60 J.
Tilla Hundertmark	22. 3., 84 J.
Heinz Federmann	26. 3., 67 J.
Ernst Steinhoff	28. 3., 60 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand